

BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main

Bekanntmachung der Änderung der Besonderen Vertragsbedingungen des Sondervermögens

Strategie H&H, ISIN DE000A0M6MU0

Infolge der Anpassung der Anlagegrenzen werden die Besonderen Vertragsbedingungen des Sondervermögens Strategie H&H, ISIN DE000A0M6MU0, entsprechend der unten aufgeführten Version der Besonderen Vertragsbedingungen mit Wirkung zum 10. November 2012 wie folgt ergänzt bzw. geändert. Anleger des Sondervermögens sind berechtigt von der BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH die Rücknahme ihrer Anteile ohne weitere Kosten zu verlangen. Ein Umtauschangebot nach § 43 Absatz 3 Nr. 2 InvG wird nicht angeboten.

Besondere Vertragsbedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen

den Anlegern und

der BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main,

(nachstehend „Gesellschaft“ genannt)

für das von der Gesellschaft verwaltete

Gemischte Sondervermögen

Strategie H &H,

die nur in Verbindung mit den für das jeweilige Sonder-

vermögen von

der Gesellschaft aufgestellten
„Allgemeinen Vertragsbedingungen“
gelten.

ANLAGEGRUNDSÄTZE UND ANLAGEGRENZEN

§ 1

Vermögensgegenstände

Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen folgende Vermögensgegenstände erwerben:

1. Wertpapiere gemäß § 47 InvG;
2. Geldmarktinstrumente gemäß § 48 InvG;
3. Bankguthaben gemäß § 49 InvG;
- 4 a. Investmentanteile gemäß § 50 InvG;
- 4 b. Anteile an Publikumssondervermögen nach Maßgabe der §§ 66 bis 82 InvG, Anteile an ausländischen Investmentvermögen, die hinsichtlich der Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen nach §§ 66 bis 82 InvG vergleichbar sind (im Folgenden als „Anteile an Immobilien-Sondervermögen“ oder „Immobilien-Sondervermögen“ bezeichnet);
- 4 c. Anteile an Publikumssondervermögen nach Maßgabe der §§ 83 bis 86 InvG, Anteile an ausländischen Investmentvermögen, die hinsichtlich der Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen nach §§ 83 bis 86 InvG vergleichbar sind und Aktien von Investmentaktiengesellschaften, deren Satzung eine den §§ 83 bis 86 InvG vergleichbare Anlagepolitik vorsieht sowie Anteile an vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen (im Folgenden als „Anteile an Gemischten

Sondervermögen“ oder „Gemischte Sondervermögen“ bezeichnet);

- 4 d. Anteile an Publikums-Sondervermögen nach Maßgabe der §§ 90g bis 90k InvG, Anteile an ausländischen Investmentvermögen, die hinsichtlich der Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen nach §§ 90g bis 90k InvG vergleichbar sind und Aktien von Investmentaktiengesellschaften, deren Satzung eine den §§ 90g bis 90k InvG vergleichbare Anlageform vorsieht, sowie Anteile an vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen, soweit diese Publikumssondervermögen oder die Investmentaktiengesellschaft ihre Mittel nicht selbst in andere Investmentvermögen anlegen (im Folgenden als „Anteile an Sonstigen Sondervermögen“ oder „Sonstige Sondervermögen“ bezeichnet); sowie
- 4 e. Anteile an Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken nach Maßgabe des § 112 InvG, Anteile an ausländischen Investmentvermögen, die hinsichtlich der Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen nach § 112 InvG vergleichbar sind und Aktien von Investmentaktiengesellschaften deren Satzung eine dem § 112 InvG vergleichbare Anlageform vorsieht, sowie Anteile an vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen, soweit diese Sondervermögen oder die Investmentaktiengesellschaft ihre Mittel nicht selbst in andere Investmentvermögen anlegen (im Folgenden als „Anteile an Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken“ oder „Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken“ bezeichnet);
5. Derivate gemäß § 51 InvG,
6. Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 52 InvG.

§ 2

Anlagegrenzen

1. Die Gesellschaft darf insgesamt bis zu 100 Prozent des Wertes des Sondervermögens in Wertpapieren nach Maßgabe des § 5 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ anlegen. Die in Pension genommenen Wertpapiere sind auf die Anlagegrenzen des § 60 Absatz 1 und 2 InvG anzurechnen.
2. Die Gesellschaft darf insgesamt bis zu 100 Prozent des Wertes des Sondervermögens in Geldmarktinstrumenten nach Maßgabe des § 6 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ anlegen. Die in Pension genommenen Geldmarktinstrumente sind auf die Anlagegrenzen des § 60 Abs. 1 und 2 InvG anzurechnen.
3. Die Gesellschaft darf dabei in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente der im Anhang genannten Aussteller mehr als 35 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen.
4. Die Gesellschaft darf insgesamt bis zu 100 Prozent des Wertes des Sondervermögens in Bankguthaben nach Maßgabe des § 7 Satz 1 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ anlegen.
5. Bis zu 100 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in alle zulässigen Investmentanteile nach Maßgabe des § 8 Absatz 1 und Absatz 2 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ angelegt werden. Bis zu 49 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in Anteile an in- oder ausländischen Immobilien-Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4b erworben werden. Bis zu 100 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in Gemischte Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4 c angelegt werden.

- a) Für das Sondervermögen können bis zu einer Höhe von 100 Prozent Anteile an in- oder ausländischen Richtlinienkonformen Sondervermögen erworben werden, die nach ihren Vertragsbedingungen vorwiegend in Aktien investiert sind (Aktienfonds).
- b) Für das Sondervermögen können bis zu einer Höhe von 100 Prozent Anteile an in- oder ausländischen Richtlinienkonformen Sondervermögen erworben werden, die nach ihren Vertragsbedingungen vorwiegend in zinstragende Wertpapiere investiert sind (Rentenfonds).
- c) Für das Sondervermögen können bis zu einer Höhe von 100 Prozent Anteile an in- oder ausländischen Richtlinienkonformen Sondervermögen erworben werden, die nach ihren Vertragsbedingungen vorwiegend in Bankguthaben oder Geldmarktinstrumenten investieren
- d) Für das Sondervermögen können bis zu einer Höhe von 49 Prozent Anteile an in- oder ausländischen Immobilien-Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4b erworben werden, die ihrerseits nach den Vertragsbedingungen folgende Immobilien-Investitionen vorsehen können:
- Mietwohngrundstücke,
 - Geschäftsgrundstücke,
 - gemischt genutzte Grundstücke,
 - Grundstücke im Zustand der Bebauung,
 - unbebaute Grundstücke,
 - Erbbaurechte,
 - Rechte in der Form des Wohnungseigentums, Teileigentums, Wohnungs- und Teilerbbaurechts sowie
 - Beteiligungen an Immobilien-Gesellschaften.

In Anteile an einem einzigen Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4 b dürfen nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Sondervermögens angelegt

werden. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens nicht mehr als 25 Prozent der ausgegebenen Anteile eines anderen Sondervermögens im Sinne des § 1 Ziff. 4 b erwerben.

e) Für das Sondervermögen können bis zu einer Höhe von 100 Prozent Anteile an in- oder ausländischen gemischten Sondervermögen im Sinne des § 1 Ziff. 4c erworben werden, die ihrerseits nach den Vertragsbedingungen folgende Investitionen vorsehen können: Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Bankguthaben, Investmentanteile nach § 50 InvG, Derivate, Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 52 InvG, Anteile an Sondervermögen gemäß § 84 Abs. 1 Nr. 2 InvG, Aktien an Investmentaktiengesellschaften gemäß § 84 Abs. 1 Nr. 3 InvG. In Anteile an einem einzigen Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4 c dürfen nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Sondervermögens angelegt werden. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens nicht mehr als 25 Prozent der ausgegebenen Anteile eines anderen Sondervermögens im Sinne des § 1 Ziff. 4 c erwerben.

f) Die in Pension genommenen Investmentanteile sind auf die Anlagegrenzen des §§ 61 und 64 Abs. 3 InvG anzurechnen.

6. Bis zu 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in in - oder ausländische Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne des § 1 Ziff. 4e investiert werden, dabei können alle Arten von in- oder ausländischen Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne des § 1 Ziff. 4e erworben werden.

a) Die in- oder ausländische Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne des § 1 Ziff. 4e können folgende Anlagestrategien verfolgen:

- Distressed Securities: Für diese Strategie werden Aktien, Anleihen oder andere Emissionen von Unternehmen erworben, die sich in der Regel in operationalen oder finanziellen Schwierigkeiten, im Insolvenzverfahren oder

in einer längeren Restrukturierungsphase befinden, um von etwaigen positiven Entwicklungen überproportional profitieren zu können;

- Makroökonomisch: Bei der Makroökonomischen Strategie werden Entwicklungen in der Wirtschaft und Politik analysiert, um daraus mögliche Auswirkungen auf die Finanzmärkte zu erkennen und entsprechend der Analyse in die diesen Märkten zugrunde liegenden Vermögensgegenstände zu investieren;
 - Long/Short Strategie: Durch die Long/Short-Strategie werden Long-Positionen in Vermögensgegenständen oder Derivaten mit Leerverkäufen von anderen Vermögensgegenständen bzw. Derivaten kombiniert;
 - Relative Value: Diese Strategie versucht, unterschiedliche Bewertungen zwischen einzelnen Vermögensgegenständen zu nutzen, indem sie auf den relativen Wert eines Vermögensgegenstandes zu einem anderen Vermögensgegenstand oder zu den gleichen Vermögensgegenständen in einem anderen Markt abstellen.
- b) Die in- oder ausländische Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne des § 1 Ziff. 4e können im jeweils zulässigen Umfang im Rahmen ihrer Anlagestrategie zur Steigerung des Investitionsgrades Kredite aufnehmen oder Derivate einsetzen und Leerverkäufe durchführen.
- c) Die in- oder ausländischen Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne des § 1 Ziff. 4e unterliegen keinen Beschränkungen hinsichtlich der Anlage ihrer Mittel in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten.
- d) Die Auswahl der Zielfonds erfolgt anhand der Vertragsbedingungen, Satzung und Prospekte.

- e) Die Gesellschaft darf nicht in mehr als zwei Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne von § 1 Ziff. 4e vom gleichen Emittenten oder Fondsmanager und nicht in andere ausländische Sondervermögen aus Staaten anlegen, die bei der Bekämpfung der Geldwäsche nicht im Sinne internationaler Vereinbarungen kooperieren.
 - f) Ausländische Sondervermögen mit Zusätzlichen Risiken im Sinne von § 1 Ziff. 4e, dürfen nur erworben werden, wenn deren Vermögensgegenstände von einer Depotbank oder einem Prime Broker verwahrt werden oder die Funktionen der Depotbank von einer anderen vergleichbaren Einrichtung wahrgenommen werden.
 - g) Die in Pension genommenen Investmentanteile sind auf die Anlagegrenzen des §§ 61 und 64 Abs. 3 InvG anzurechnen.
7. Bis zu 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in Anteile an Sonstigen Sondervermögen im Sinne des § 1 Ziff. 4d gemäß der folgenden Grundsätze angelegt werden.
- a) Bei der Auswahl erwerbbarer Anteile an Sonstigen Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4d richtet sich die Gesellschaft nach deren Anlagebestimmungen und/oder deren aktuellen Halbjahres- bzw. Jahresberichten. Es kann in allen Arten an Anteilen von in- und ausländischen Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4d investiert werden, eine gesonderte geographische, thematische oder strategische Ausrichtung ist nicht erforderlich. Der Erwerb von Derivaten unterliegt den Beschränkungen von § 51 InvG sowie den sonstigen Beschränkungen des InvG für Sonstige Sondervermögen (vgl. bspw. § 90h Abs. 5 InvG).
 - b) Zusammen mit Anteile an Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne des § 1 Ziff. 4e dürfen in Anteile an Sonstigen Sondervermögen im Sinne des §

1 Ziff. 4d nur maximal 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens angelegt werden.

- c) Die Gesellschaft darf nicht in mehr als zwei Sonstige Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4d vom gleichen Emittenten oder Fondsmanager und nicht in andere ausländische Sondervermögen aus Staaten anlegen, die bei der Bekämpfung der Geldwäsche nicht im Sinne internationaler Vereinbarungen kooperieren.
- d) In den erwerbbaaren Sonstigen Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4d dürfen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger kurzfristige Kredite nur bis zur Höhe von 20 Prozent des Wertes dieses Sonstigen Sondervermögens im Sinne von § 1 Ziff. 4d sowie nur aufgenommen werden, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und dies in den Vertragsbedingungen dieses Sonstigen Sondervermögens vorgesehen ist.
- e) Sondervermögen, die Sonstigen Sondervermögen im Sinne des § 1 Ziff. 4d entsprechen, dürfen nur erworben werden, wenn deren Vermögensgegenstände von einer Depotbank oder einem Prime Broker verwahrt werden oder die Funktionen der Depotbank von einer anderen vergleichbaren Einrichtung wahrgenommen werden.
- f) Erwerbbaare Sonstige Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4d dürfen keine Vermögensgegenstände verkaufen, die im Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses nicht zum Sondervermögen gehören (Leerverkaufsverbot).
- g) Die in Pension genommenen Anteile an Sonstigen Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4d sind auf die Anlagegrenzen der §§ 61 und 64 Abs. 3 InvG anzurechnen.

§ 3

Anlageausschuss

Die Gesellschaft kann sich bei der Auswahl der für das Sondervermögen anzuschaffenden oder zu veräußernden Vermögensgegenstände des Rates eines Anlageausschusses bedienen.

§ 4

Anteilklassen

Alle Anteile haben gleiche Rechte; verschiedene Anteilsklassen gemäß § 16 Abs. 2 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ werden nicht gebildet.

AUSGABEPREIS, RÜCKNAHMEPREIS, RÜCKNAHME VON ANTEILEN UND KOSTEN

§ 5

Anteilscheine

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt.

Anteilscheine mit der ursprünglichen Namensbezeichnung „FSKAG Strategie H & H“ behalten weiterhin ihre Gültigkeit.

§ 6

Ausgabe- und Rücknahmepreis

1. Der Ausgabeaufschlag beträgt bis zu 5 Prozent des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen oder von der Berechnung eines Ausgabeaufschlags abzusehen. Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben.

2. Abweichend von § 18 Abs. 3 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ ist der Abrechnungsstichtag für Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge spätestens der übernächste auf den Eingang des Anteilsabrufs- bzw. Rücknahmeauftrags folgende Wertermittlungstag.

§ 7

Kosten

1. Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Sondervermögens aus dem Sondervermögen eine tägliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,30 Prozent p.a. des Sondervermögens auf Basis des börsentäglich ermittelten Inventarwertes; mindestens jedoch € 35.000,00 pro Jahr. Die Verwaltungsvergütung kann dem Sondervermögen jederzeit entnommen werden.

Zur Vergütung eines externen Beraters oder Portfolioverwalters kann die Gesellschaft dem Sondervermögen bis zu 1,2 Prozent p.a. des Sondervermögens auf Basis des börsentäglich ermittelten Inventarwertes entnehmen. Die Vergütung wird täglich zurückgestellt und kann jederzeit entnommen werden.

Zur Vergütung eines externen Beraters oder Portfolioverwalters ist die Gesellschaft darüber hinaus berechtigt, dem Sondervermögen eine performanceabhängige Vergütung zu entnehmen. Die Vergütung errechnet sich aus dem relativen Performanceunterschied zwischen der Wertentwicklung der Anteile und einer Hurdle-Rate von 8 Prozent p.a. und beträgt 15 Prozent des relativen Performanceunterschiedes. Die Berechnung erfolgt auf täglicher Basis der Vortagswerte. Eine eventuell anfallende erfolgsbezogene Vergütung wird im Sondervermögen zurückgestellt und kann jährlich entnommen. Für die Zahlung der erfolgsabhängigen Vergütung muss zudem zum Geschäftsjahresende (bezogen auf die jeweilige Geschäftsjahresendbestände) ein neuer Höchststand des bereinigten Anteilswertes nach BVI Methode seit Auflage des Sondervermögens erzielt werden („High-Water-Mark“).

2. Die Depotbank kann für ihre Tätigkeit aus dem Sondervermögen eine tägliche Vergütung von bis zu 0,04 Prozent p.a. des Sondervermögens auf der Basis des börsentäglich ermittelten Inventarwertes erhalten; mindestens jedoch € 10.000,00 p.a.. Die Depotbankvergütung kann dem Sondervermögen jederzeit entnommen werden.

3. Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:
 - a) im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehende Kosten;

 - b) bankübliche Depotgebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Wertpapiere im Ausland;

 - c) Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten Jahres- und Halbjahresberichte, Factsheets sowie Verkaufsprospekte;

 - d) Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen und des Auflösungsberichtes;

 - e) Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer der Gesellschaft;

 - f) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden; für die Ermittlung von ausländischen Steuerkennzahlen ist die Gesellschaft berechtigt, dem Sondervermögen bis zu € 3.000,- p.a. zu entnehmen, darüber hinaus kann sie alle in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten wie bspw. die Kosten der Veröffentlichung

und Prüfung der ausländischen Steuerdaten dem Sondervermögen ebenfalls belasten;

- g) im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung eventuell entstehende Steuern;
- h) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Sondervermögens; darüber hinaus kann die Gesellschaft in Fällen, in denen für das Sondervermögen gerichtlich oder außergerichtlich streitige Ansprüche durchgesetzt werden, eine Vergütung von bis zu 15 Prozent der für das Sondervermögen vereinnahmten Beträge berechnen;
- i) Kosten für die Umschreibung der Globalurkunden des Sondervermögens nach Anteiltransaktionen;
- j) die Fondszulassungs- und Fondsregistrierungsgebühren der Aufsichtsbehörden und/oder Kosten für die Registrierung der Anteile zum öffentlichen Vertrieb in verschiedenen Ländern, diejenigen der Repräsentanten, steuerlicher Vertreter und der Zahlstellen in den Ländern, in denen die Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, bzw. werden;
- k) die Kosten, die im Zusammenhang mit der technischen Einrichtung der Maßnahmen zur Messung und Analyse der Performance und des Marktrisikos des Sondervermögens entstehen.

4. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 1 Ziff. 4 a bis e berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder

die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Kapitalanlagegesellschaft, einer Investmentaktiengesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist oder einer ausländischen Investment-Gesellschaft, einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

ERTRAGSVERWENDUNG UND GESCHÄFTSJAHR

§ 8

Thesaurierung

Die Gesellschaft legt die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen Dividenden und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – sowie die Veräußerungsgewinne im Sondervermögen wieder an.

§ 9

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Sondervermögens beginnt am 01. Dezember und endet am 30. November.

A n h a n g

Gemäß § 62 InvG darf in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente folgender Aussteller mehr als 35 Prozent des Wertes des Sondervermögens angelegt werden, sofern dies in den Vertragsbedingungen unter Angabe der betreffenden Aussteller vorgesehen ist.

- **Die Bundesrepublik Deutschland**

- **Die Bundesländer:**

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

- **Europäische Gemeinschaften:**

- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- EURATOM
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaften
- Europäische Gemeinschaft

- **Andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union:**

- Belgien
- Bulgarien
- Dänemark
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Griechenland
- Großbritannien
- Irland
- Italien
- Lettland
- Litauen
- Malta
- Polen

- Luxemburg
- Niederlande
- Österreich
- Portugal
- Schweden
- Slowakei
- Slowenien
- Spanien
- Tschechische Republik
- Ungarn
- Republik Zypern
- Rumänien

- Türkei
- Vereinigte Staaten von Amerika

Frankfurt am Main, August 2012

Die Geschäftsleitung

- **Andere Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum:**

- Island
- Liechtenstein
- Norwegen

- **Andere Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die nicht Mitglied des EWR sind:**

- Australien
- Japan
- Kanada
- Korea

- Mexiko
- Neuseeland
- Schweiz